



Nationaler SP-KMU-Tag, 16. September 2011

Viadukt Zürich, «THE HUB»

Die KMU-Politik der Stadt Zürich

Liebe Genossinnen und Genossen

«Die KMU sind ein wichtiger Teil unserer Wirtschaft» oder «Für die schweizerische Volkswirtschaft sind KMU von existentieller Bedeutung», so in etwa beginnen viele Referate zum Thema KMU. Auch meines hier am nationalen KMU-Tag der SP Schweiz. Es beginnt so, weil es zutrifft - die KMU sind in vielen Bereichen unserer Wirtschaft tatsächlich zentral.

Die Kennzahlen sind eindeutig: 99,6% aller Betriebe in der Schweiz sind KMUs, also Betriebe mit maximal 250 Beschäftigten, und sie liefern beinahe zwei Drittel aller Arbeitsplätze der Schweiz. Wo sind die KMU tätig? 55% der KMU finden sich im Dienstleistungsbereich, 23% sind in der Industrie und die übrigen 22% im Handel tätig¹.

Neben den wenigen, aber für Zürich typischen Grossbetrieben der Finanz- und Versicherungsbranchen und des Detailhandels beherbergt die Stadt auffallend viele Klein- und Kleinstbetriebe. 83 Prozent aller Arbeitsstätten verfügen über weniger als 10 Vollzeitstellen². Wenn wir von KMU-Betrieben reden, dann sprechen wir mengenmässig von *KU*, genauer von *KKU*, von Klein- und Kleinstbetrieben.

Die KMU sind wichtig, was die Beschäftigung angeht. Das zeigen die beiden Diagramme eindrücklich. 3/4 aller Beschäftigten auf dem Platz Zürich arbeiten in KMU-Betrieben, 1/2 in Kleinstbetrieben mit weniger als 10 Leuten!

KMU sind wichtig, was die Versorgung der Stadtbevölkerung mit Produkten des täglichen Bedarfs und mit Dienstleistungen betrifft. Ohne KMU keine Bäckerei, keine Beizen, keine Velohändler, keine Coiffeur-Salons, usw. Das Bau-Nebengewerbe ist weitgehend KMU-dominiert. Was aber die Steuerkraft anbelangt, so sind es nicht die KMU, die den "Braten feiss machen".

Die Stadt Zürich lebt erstens von den natürlichen Personen. Diese sind verlässliche Steuerzahlerinnen und Zahler und weil die Stadt wächst und die Zugewanderten gut ausgebildet sind, wächst das Steuersubstrat in diesem Bereich an. Erst in zweiter Linie lebt die Stadt von den Unternehmenssteuern. Diese wiederum fliessen unregelmässiger und stammen zum grösseren Teil von einigen wenigen Grossunternehmen. Wenn die Grossbanken Verluste

¹ Quelle: Bundesamt für Statistik

² Quelle: Statistik Stadt Zürich, Betriebszählung 2008



schreiben oder ihr Eigenkapital aufstocken, so schlägt das sehr schnell und direkt beim Steuerertrag durch.³

Wenn wir also die beschäftigungspolitische Relevanz der KMU - auch mit Bezug auf die Ausbildung junger Arbeitskräfte oder hinsichtlich Teilzeitmöglichkeiten - näher betrachten, dann verpflichten diese Kennzahlen aber auch:

- Sie verpflichten die KMU, im Bewusstsein ihrer tragenden Rolle auch bisher erfolgreiche Geschäftsmodelle immer wieder zu überdenken und flexibel und innovativ gegenüber verändernden Rahmenbedingungen zu agieren.
- Sie verpflichten die KMU-Verbände und Organisationen, die Vielfalt der KMU vor Augen zu haben und die unterschiedlichen Bedürfnisse zu berücksichtigen.
- Sie verpflichten auch Forschung und Lehre an den Universitäten und Fachhochschulen, den Wissenstransfer zu fördern und eine aktive Rolle bei der Übersetzung von Innovation in Geschäftsmodelle zu übernehmen.

Dann verpflichten sie natürlich auch die Stadt!

Neben den Aspekten der Beschäftigung tragen die KMU ganz wesentlich zum Erhalt der urbanen Vielfalt bei. Sie sind ein wichtiger und gewichtiger Faktor für die Qualität des Standortes Zürich. Darum hat der Zürcher Stadtrat eine eigene KMU-Politik formuliert. Wir wollen eine gewerbefreundliche Stadt sein - nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. Übrigens hat auch die Gemeinderatsfraktion der SP Zürich ein Papier zu diesem Thema verfasst. Dieses vorzustellen, ist allerdings nicht mein Auftrag.

Nach all den Zahlen jetzt aber zu einem konkreten Beispiel:

Nehmen wir "The Hub", bei dem wir heute zu Gast sind, bzw. die Umgebung, den alten SBB-Viadukt. Früher waren diese Bögen Verkehrsbrachen, resp. Lagerhallen. Die Umgebung war nicht eben freundlich. Viel Verkehr auf der Limmatstrasse, stillgelegte Fabriken, ein Kehrichtheizkraftwerk, usw. Heute ist die Limmatstrasse beruhigt und es sind grosse Wohnsiedlungen entstanden. Die ehemalige Löwenbrau-Brauerei wird umgebaut zu einem Zentrum mit Kunstmuseen und internationalen Galerien. Es ist viel Raum für die weitestgehend gewerblich organisierte Kreativwirtschaft und für das Dienstleistungsgewerbe entstanden. Wo früher einige wenige Industrie-Arbeitsplätze waren, verdienen heute Dutzende Kleinbetriebe mit sehr viel mehr Leuten ihr Geld. Gleichzeitig ist die Quartiersversorgung massiv verbessert worden.

Aus einer unternutzten Brachfläche ist eine aussergewöhnliche Flaniermeile mit besonderem Charme und Ambiente geworden.

³ Zusatzinformation: Der gesamte Steuerertrag der Stadt Zürich betrug 2010 insgesamt 2346 Millionen Franken. Der Steuerertrag der natürlichen Personen belief sich auf 1449 Millionen Franken. Die juristischen Personen lieferten 658 Millionen Franken an die Stadtkasse ab. Aus der Quellensteuer resultierten 113 Millionen Franken. Die Grundsteuer (Grundstückgewinnsteuer) trug 109 Millionen Franken bei. Quelle: Finanzdepartement Stadt Zürich



Wer hat das Projekt Viadukt realisiert? Es ist die städtische Stiftung PWG. PWG steht für preisgünstigen Wohn- und Gewerberaum. Die PWG geht auf eine erfolgreiche Volksinitiative der SP aus den späten 80er Jahren zurück. Gewerbepolitik ist eben nicht nur Parkplätze bauen und Bewilligungspflicht abschaffen! Eine nachhaltige Gewerbepolitik sichert z.B. auch Raum für das Gewerbe.

Im Viadukt sind die unterschiedlichsten Gewerbetreibenden vereint. Es finden sich Design- und Modegeschäfte - einige davon sind Start ups - aber auch handwerkliche Betriebe, Restaurants sowie auch kulturelle und soziale Einrichtungen. Der Viadukt ist ein urbaner Treffpunkt und ein Gewerbeplatz zugleich und zeigt damit exemplarisch den verbindenden Charakter von KMU und Gewerbe mitten in der Stadt auf.

Wir stehen im Jahr drei nach der Finanzkrise und mitten in der Frankenkrise. Namhafte Expertinnen und Experten malen wirtschaftlich eine düstere Zukunft. Wo stehen die KMU in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit? Das Credit Suisse Economic Research hat im Rahmen ihrer Studienreihe mit dem Titel «Megatrends - Chancen und Risiken für KMU», im Jahr 2010 das Schwerpunktthema Globalisierung gewählt und rund 1800 KMU aus allen Regionen und Branchen der Schweiz befragt. Die Studienreihe befasst sich mit der Zukunftsfähigkeit der KMU aus deren eigener Optik.

Die Studie von 2010 hat gezeigt, dass für die KMU die Chancen gegenüber den Risiken trotz schwieriger wirtschaftlicher Grosswetterlage überwiegen, auch wenn die Situation insgesamt pessimistischer eingeschätzt wird als noch bei der Befragung im Vorjahr.

Mit der Studie wurde auch der Puls der KMU hinsichtlich ihrer Rahmenbedingungen in der Schweiz gefühlt. Auf die Frage «Wo muss sich die Schweiz verbessern, um mittelfristig im globalen Wettbewerb zu bestehen?» lagen folgende Antworten an der Spitze:

1. Administrativer Aufwand (im Umgang mit den Behörden) verkleinern
2. Internationale Vernetzung verstärken
3. Hochpreisinsel Schweiz bekämpfen

Die Punkte zwei und drei können wir insofern abhacken, als diese Bereiche nicht die kommunale Ebene betreffen. Zum Punkt eins aber will an dieser Stelle gerne etwas sagen. Zuerst aber eine Vorbemerkung:

Wir leben in einem föderalen Land mit drei Staatsebenen. Alle drei Ebenen regulieren, das ergibt zwingend eine gewisse Dichte an Regelwerken. Der Vollzug liegt in sehr vielen Bereichen jedoch auf kommunaler Ebene. Das beginnt im Baurecht und geht über die Lebensmittelkontrolle bis zur Festlegung der Sonntagsverkäufe. Die Stadtverwaltung steht in der ganzen Regulierungsdebatte darum im Focus - zu einem grossen Teil unverschuldet. Oder anders gesagt: Die Stadt ist in der Regulierungsfrage der berühmte "Letzte, den die Hunde beißen".



Trotzdem gilt, dass wir auf kommunaler Ebene eine Kultur pflegen, die das Gewerbe ernst nimmt und den administrativen Aufwand klein hält. Und damit bin ich in den Niederungen der Zürcher Kommunalpolitik gelandet.

Die Stadt Zürich ist die erste «Gemeinde» der Schweiz, die auf kommunaler Ebene mit zwei KMU-Volksbegehren konfrontiert ist, nämlich mit den beiden Initiativen «KMU-Entlastung» und «KMU-Förderung». Die beiden Volksinitiativen wurden eingereicht und fordern im Wesentlichen drei Neuerungen:

- Erstens die Einführung einer Regulierungsfolgenabschätzung in allen Bereich, die für KMU von Bedeutung sein können.
- Zweitens die befristete Einsetzung einer Kommission, die dem Stadtrat bei der Durchführung der Regulierungsfolgenabschätzung beratend zur Seite steht.
- Drittens die Einrichtung einer verwaltungsinternen Informations- und Koordinationsstelle als Schnittstelle zwischen KMU und Verwaltung.

Als grösste Stadt und Wirtschaftszentrum der Schweiz stehen wir im Scheinwerferlicht. Es interessiert, wie wir zu den Initiativen stehen und wie unsere Lösung aussieht.

Die Anliegen der Initiativen entsprechen den Grundätzen der stadträtlichen KMU-Politik und sind darum grundsätzlich unbestritten. Mein Ziel als für das Dossier zuständiges Mitglied des Stadtrates war und ist es, pragmatisch, effizient und rasch vorzugehen.

Die Initiativen wollen ihr Anliegen mit neuen Formulierungen in der Gemeindeordnung erreichen. Das braucht viel Zeit, weil damit zwingend eine Volksabstimmung verbunden ist. Der Stadtrat wollte diesen zeitintensiven Umsetzungsprozess verkürzen und hat daher als unkomplizierte Lösung eine Verordnung in seiner direkten Kompetenz erlassen. Die Verordnung ist seit 15. April dieses Jahres in Kraft.

Mit der Verordnung hat der Stadtrat die geforderte Regulierungsfolgenabschätzung für bestehende und künftige Erlasse bereits eingeführt. In drei Schritten soll erfasst werden, inwiefern KMU von Regulierungen betroffen sind und welche Alternativen allenfalls bestehen.

Auch die zweite Hauptforderung der Initiativen, die Einsetzung des KMU-Forums, ist auf Kurs. Die Wahl der Kommissionsmitglieder durch den Stadtrat ist nach den Sommerferien erfolgt und die erste konstituierende Sitzung findet im Herbst 2011 statt.

Bereits Mitte April 2011 hat der Stadtrat im Präsidialdepartement eine Anlaufstelle für KMU und geschaffen und damit das dritte Hauptanliegen erfüllt.

Ich hätte mir gewünscht, dass mit diesen drei Massnahmen die Basis gelegt wäre für den Rückzug der Initiativen. Dies ist aber bis anhin nicht geschehen. Vielmehr diskutiert der Gemeinderat steht aktuell einen direkten Gegenvorschlag, der einen Grundsatzartikel im Sinne eines Bekenntnisses der Stadt zur lokalen Wirtschaft, zu einem vielfältigen Gewerbe und zu günstigen Rahmenbedingungen für KMU vorsieht. Wie die ganze Sache am Schluss ausgehen wird, wissen wir in einigen Wochen.



Nach diesem Ausflug in die Lokalpolitik nochmals zurück auf die Meta-Ebene.

KMU ist nicht gleich KMU. Das heisst, die Unternehmensprofile der KMU sind sehr unterschiedlich. Während die einen eher auf den Binnenmarkt ausgerichtet sind, bewegen sich andere in den globalen Märkten.

Dann finden sich bei KMU unterschiedliche Besitzverhältnisse; etliche Unternehmen sind im Privat- oder gar Familienbesitz. Im Gegensatz zu vielen Grossunternehmen haben sie nicht einen tollen Aktienkurs als alleroberstes Ziel und der Gewinn stellt in vielen Fällen der - nicht selten geringe - Lohn dar, der sich der mitarbeitende Firmeneigentümer oder die - eigentümerin selber auszahlt.

Ferner sind KMU hinsichtlich der Möglichkeiten, sich Konjunkturschwankungen rasch mit einer entsprechenden Lohn- und Stellenpolitik anzupassen, in einer anderen Ausgangslage als etwa Grossunternehmen. Die Leitung eines Kleinunternehmens kennt ihre Leute. Wer persönlich die Leute entlassen muss, ist in einer anderen Situation, als wenn der HR-Chef auf Stufe Konzernleitung einen Stellenabbau in Hundertereinheiten befiehlt.

Und: Es gibt die politisch eher traditionell verankerten, politisch klar im bürgerlichen Lager angesiedelten KMU und es gibt eine nicht unerhebliche Anzahl KMU bzw. Unternehmer/Unternehmerinnen «alternativer Art», die sich von den historisch gewachsenen Gewerbeverbänden und -institutionen schlecht bis gar nicht vertreten fühlen. Das KMU schlechthin gibt es nicht. Als Exekutive haben wir alle diese Strömungen, zu berücksichtigen, alle Interessen zu beachten und mit Allen den Dialog zu führen.

Mit der Studie «Gewerbefreundliche Stadt Zürich», die die Stadtentwicklung Zürich im April 2010 publiziert, hat, haben wir ein besonderes Augenmerk auf das Gewerbe gelegt.

Wie definieren wir "Gewerbe"? Es umfasst Unternehmen mit bis zu 49 Angestellten aus den Bereichen Produktion und Handwerk, Reparatur und Instandhaltung, Gastronomie, Detailhandel sowie quartierbezogene Dienstleistungen. Laut Bericht können in der Stadt Zürich gemäss dieser Definition 38% aller Arbeitsstätten und 17% aller Beschäftigten dem Gewerbe zugerechnet werden.

Was ist die zentrale Aussage der Studie: Das Gewerbe leidet besonders stark unter Verdrängungsmechanismen wertschöpfungsintensiverer Betriebe. Darum ist es wichtig, ganz konkret Flächen für das Gewerbe zu sichern.

Hier setzt das Projekt «Werkerei Schwamendingen» an. Dieses möchte ich Euch hier kurz vorstellen:

Da es in der Stadt Zürich seit der Bau- und Zonenordnung (BZO) von 1999 keine reservierten Gewerbezone mehr gibt, ist die gezielte Zwischennutzung von frei werdenden Arealen in den Vordergrund gerückt.



Mit dem Wegzug der Automobilfirma AMAG ist in Zürich Schwamendingen ein rund 12'500 m² grosses Areal für begrenzte Zeit frei geworden. Die Stadt hat das Areal für fünf bis acht Jahre gemietet und stellt es dem Gewerbe und der Kreativwirtschaft zu günstigen Bedingungen zur Verfügung. Das Projekt kommt mit nur beschränkten Umbaumaassnahmen aus, die der Anpassung an die neue Nutzungsform dienen. So werden beispielsweise die riesigen Werkstattträume in einzelne Ateliers unterteilt oder Massnahmen für den Brandschutz sowie eine hindernisfreie Erschliessung getroffen.

Das Interesse von potenziellen Nutzerinnen und Nutzern an der Werkerei ist gross. Die Baubewilligung für die Umbaumaassnahmen liegt vor. Die ersten Mieterinnen und Mieter dürften ab ca. November 2011 in das neue Gewerbezentrum einziehen können.

Die Werkerei Schwamendingen mit der geplanten Zwischennutzung ist auch eine städtebauliche Chance. In Schwamendingen, einem Quartier, das Entwicklungsimpulse benötigt, könnte sich ein urbaner Hotspot und ein gewerblich-kreatives Zentrum der etwas weniger traditionellen Art bilden.

Die KMU und das Gewerbe sind ein wichtiger Faktor für eine lebendige Stadt mit einer hohen Lebensqualität. Genau diese Lebensqualität ist aber neben der Erreichbarkeit der Schlüssel für eine erfolgreiche Standortpolitik. Wir müssen das Gewerbe dort stärken, wo es in der Stadt am stärksten unter Druck ist, bei den Produktionsflächen. Wir tun das, der neue Viadukt oder die Werkerei sind gute Beispiele dafür. Wir wollen aber auch die administrativen Hürden reduzieren. Stadtpolitik soll gewerbeverträglich sein.

Damit bin ich bei der Regulierungsfrage, bzw. der Regulierungsdichte. Ich möchte zum Schluss dazu drei Thesen aufstellen:

Erstens: Fast alle "Klassiker" in der Regulierungs- und Bürokratie-Debatte finden im öffentlichen Raum statt. Die berühmten "Maronihäuschen", das harte Ringen um Kundenparkplätze und die Regeln beim Güterumschlag in den Fussgängerzonen, Reklametafeln im Strassenraum oder Boulevard-Kaffees, immer geht es um die Nutzung des öffentlichen Raumes. Das Gewerbe möchte dieses nutzen und damit ein Stück weit privatisieren. Die anderen Anspruchsgruppen halten dagegen. Wie der Kampf ausgeht, entscheidet sich letztlich entlang der politischen Mehrheiten.

Zweitens: Wie in vielen Debatten gilt, gilt auch in der Bürokratie-Debatte: C'est la position, qui parle. Ich habe jedenfalls noch keinen Kaminfeger über die obligatorische Feuerungskontrolle durch die Kaminfeger klagen hören. Umgekehrt der Wirt, wenn die Lebensmittelkontrolleure Mängel feststellen müssen. Der Gast hinwiederum sieht das ganz anders. Ihm ist es recht, wenn in Küche und Keller Ordnung herrscht und die Hygiene-Vorschriften eingehalten werden.

Drittens: Es ist auffällig, dass es eine ausgeprägte Gewerbekultur in der Migrationsbevölkerung gibt. Immigrantinnen und Immigranten sind nicht nur häufiger erwerbstätig als die Schweizer Bevölkerung, sie sind auch überdurchschnittlich selbständig erwerbende Kleinunternehmen, v.a. in der Gastro- und Reinigungsbranche und im Baunebengewerbe. Der Ge-



werbeverband deckt diese Vielfalt nicht vollumfänglich ab und er spiegelt die Heterogenität der KMU-Szene deshalb nur teilweise. Wir richten unsere Politik auf das ganze Spektrum aus und wir sprechen mit allen Akteurinnen und Akteuren. Wenn unsere Gewerbepolitik auf die ganze Breite der KMU-Szene abstützt, dann sind wir erfolgreich.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

(Es gilt das gesprochene Wort.)